



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. September 2018
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

A 603 Anfrage Sager Urban und Mit. über widersprüchliche Aussagen der Regierung zur Bildungsqualität im Kanton Luzern / Bildungs- und Kulturdepartement

Die Anfrage A 603 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.

Willi Knecht: Die SVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. In der letzten Zeit werden immer wieder Vorstösse zu anstehenden Abstimmungen eingereicht, das wollen wir in Zukunft verhindern.

Urban Sager: Die SVP-Fraktion ist scheinbar nicht in der Lage, sich an die von unserem Rat gemachten Regeln zu halten. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen, da die Anfrage nach der Abstimmung obsolet ist.

Gaudenz Zemp: Die FDP-Fraktion stimmt der dringlichen Behandlung zu. Es handelt sich um ein wichtiges Geschäft, sonst würde auch keine Volksabstimmung darüber stattfinden.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 84 zu 28 Stimmen zu.

Urban Sager ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Urban Sager: Der Regierungsrat begründet die Widersprüche mit der Aussage, dass die entsprechenden Passagen im AFP dem Legislaturprogramm entsprechen und 2015 gemacht wurden und, ich zitiere, „einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Führungsarbeit entsprechen“. Das heisst also, dass der Regierungsrat bereits im Jahr 2015 konstatierte, dass die Bildungsqualität aufgrund von Abbaumassnahmen und knappen Finanzen in Gefahr sei – so steht es im AFP. Was ist seit 2015 im Bildungsbereich in Bezug auf die Qualität passiert? 2015 haben wir über die Schliessung der Fachklasse Grafik diskutiert. 2016 haben wir Zwangsferien für Mittelschulen veranlasst. 2017 haben wir über die Schliessung der Wirtschaftsmittelschule Willisau diskutiert. 2018 haben wir die Unterrichtsverpflichtung für die Lehrpersonen erhöht. Im Weiteren haben wir eine Erhöhung der Lernenden pro Klasse an den Berufsschulen auf 26 beschlossen. Wir haben an den Gymnasien und Mittelschulen Frei- und Wahlfächer gestrichen und die Gebühren für den Instrumentalunterricht erhöht. Sie behaupten jetzt, dass die Lageeinschätzung von 2015 heute nicht mehr Gültigkeit habe, sondern sich verbessert habe? So steht es nämlich in der Abstimmungsbroschüre. Der Kanton soll eine gute Bildungsqualität haben, obwohl drei Abbaupakete durchgeführt worden sind? Diese Widersprüche bleiben meines Erachtens bestehen, und es zeigt sich, dass die Aussagen in der Abstimmungsbroschüre und von den bürgerlichen Parteien im Abstimmungskampf unglaubwürdig sind. Sie führen Qualitätskennzahlen auf, die anhaltend gute Abschlussresultate und zufriedene Schülerinnen und Schüler belegen. Diese Zahlen möchte ich nicht anzweifeln, aber was sagen sie aus? Sie sind zum einen ein Ausruhen auf den Lorbeeren. Gerade die Abschlussquoten beruhen auf Leistungen aus den letzten zehn bis zwölf Jahren. Die Verschlechterung der Qualität wird sich erst noch zeigen. Die positiven

Zahlen liegen aber auch an den Lehrpersonen. Sie sind alles äusserst loyale Angestellte mit einer hohen intrinsischen Motivation und setzen alles daran, dass die eigenen Schülerinnen und Schüler etwas lernen und einen guten Abschluss machen. Folglich fangen die Lehrpersonen die Verschlechterungen im Bildungssystem auf. Mittelfristig wird das nicht mehr aufgehen. Die Lehrpersonen sind bereits an die Grenzen gelangt, was sich auf die Qualität der Arbeit auswirken wird. Als verantwortungsvoller Arbeitgeber nutzt man eine solche Loyalität nicht aus, sondern unternimmt alles, um die Gesundheit der Angestellten nicht zu gefährden. Die Versprechungen in der Abstimmungsbroschüre und in der vorliegenden Antwort, dass Sie die – wie Sie selber sagen – mässig attraktiven Arbeitsbedingungen verbessern wollen, bleiben äusserst vage. Falls es die finanzielle Situation erlaubt, möchte man etwas unternehmen. Auch der AFP spricht eine andere Sprache. Bis im Jahr 2021 ist keine Verbesserung in Sicht, und dies obwohl sämtliche Studien über guten Unterricht zeigen, dass die Lehrperson der absolut wichtigste Faktor für die Bildungsqualität ist und diese im Kanton Luzern folglich massiv unter Druck steht. Wir brauchen dringend eine Verankerung der Bildungsqualität in der Verfassung und ein Ja zur Bildungsqualität.

Thomas Grüter: Für die CVP-Fraktion sind die Antworten auf die Anfrage klar und nachvollziehbar. Der Regierungsrat hat die Lagebeurteilung mit Chancen, Risiken, Stärken und Schwächen bereits 2015 konsequent durchgeführt und klar kommuniziert. Aussagen aus diesem AFP können immer wieder in die neuen Aufgaben- und Finanzpläne aufgenommen werden. Das ermöglicht es unserem Rat, die ergriffenen Massnahmen zu überprüfen. Es ist richtig, dass der Regierungsrat die Risiken in einer sehr vorausschauenden Führungsarbeit erkannt und dadurch im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten bereits Massnahmen eingeleitet hat. Die Aussagen im längerfristigen AFP unterstreichen, dass es der Regierung bewusst ist, dass Sparmassnahmen im Bildungsbereich eine potenzielle Gefahr bedeuten können. Bezüglich des angesprochenen Qualitätsverlusts in der Bildung und der sinkenden Motivation der Lehrpersonen hat der Regierungsrat bereits 2015 Massnahmen im Rahmen seiner Möglichkeiten ergriffen. Dabei hat er unter anderem festgestellt, dass Maturandinnen und Maturanden positiv über die Ausbildung an den Mittelschulen denken und gut auf das Studium vorbereitet sind. In der Berufsbildung werden überdurchschnittliche Erfolgsquoten festgestellt, und die Berufsfachschulen werden bezüglich Bildungsqualität, Motivation der Lehrpersonen und Schulklima als gut bis sehr gut eingestuft. Es ist uns allen bewusst, dass die Situation bezüglich Anstellungsbedingungen für das Lehr- und Verwaltungspersonal angespannt ist. Das bedarf einer grösseren Aufmerksamkeit. Bereits in der Botschaft B 105 zur Initiative für eine höhere Bildungsqualität hat der Regierungsrat festgestellt, dass die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit als Arbeitgeber gelitten haben. Dass aber gleichzeitig Massnahmen wie das Projekt Arbeitsplatz Schule, die Schulsozialarbeit, zusätzliche Entlastungslektionen für Klassenlehrpersonen und die Erhöhung der Lektionen für Schulleitungen eingeführt beziehungsweise zusätzlich eingeführt worden sind, wird beim unnötigen Schlechtreden der Luzerner Bildungspolitik gerne vergessen. Wie bereits erwähnt muss den künftigen Anstellungsbedingungen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten ein grösseres Gewicht beigemessen werden. In der Bildungspolitik des Kantons Luzern wurde in den letzten Jahren nicht nur alles „falsch“ gemacht. Wir dürfen erfreut zur Kenntnis nehmen, dass selbst Lehrerinnen und Lehrer in ihrer persönlichen Lagebeurteilung feststellen, dass Sparmassnahmen vor allem beim Lohn nicht unbedingt ein Grund sein müssen, um in einen anderen Kanton arbeiten zu gehen, da die Teamarbeit und die schulischen Strukturen ebenfalls einen hohen Stellenwert geniessen. Weiter nehmen wir erfreut zur Kenntnis, dass zum Schuljahresbeginn alle Stellen mit Lehrkräften besetzt werden konnten. Der Kanton befindet sich also auf einem guten Weg. Die CVP lehnt daher die Bildungsinitiative ab.

Rahel Estermann: Urban Sager hat eindrücklich aufgezählt, was seit 2015 im Bildungsbereich alles passiert ist, oder besser gesagt was abgebaut worden ist und welche Gebühren erhöht worden sind. Die Lehrpersonen machen tagtäglich einen wichtigen Job. In den letzten Jahren haben sie mit viel Unmut die Abbaumassnahmen mittragen müssen. Die Regierung hat das erkannt. Nun in der Abstimmungsbroschüre zu behaupten, alles sei in

bester Ordnung, ist Augenwischerei. Ich stelle mir vor, dass die Lehrpersonen beim Lesen gestaunt haben. Wie kann man behaupten, dass die Bildungsqualität immer noch die gleiche sei? Es ist schade, dass wir diese Widersprüche erst eine Woche vor der Abstimmung klären können. Die Bildungsinitiative ist notwendig, damit wir die guten Rahmenbedingungen an den Luzerner Schulen sichern können. Ich möchte, dass man in Zukunft mit solchen Aussagen vorsichtig umgeht, denn die Stimmbevölkerung fällt ihre Entscheidung dementsprechend.

Andy Schneider: Erneut wird im AFP 2019–2022 deutlich, dass die Qualität der Schulen im Allgemeinen stark gefährdet und die Gestaltungsmöglichkeiten deutlich eingeschränkt sind. Die von Urban Sager genannten Abbaumassnahmen sprechen eine deutliche Sprache. Ein wichtiges Merkmal wurde in der ganzen Diskussion nicht genannt, nämlich die Verlässlichkeit. Letzten Samstag erschien in der „Luzerner Zeitung“ ein Artikel über die Pädagogische Hochschule (PH). Dieser Artikel hat mich aufgeschreckt. Die PH greift zu einschneidenden Massnahmen. Bei der Praxis wird gekürzt, das ist ein Alarmzeichen. Das Wichtigste in der Lehrerbildung sind die praktische Tätigkeit, das Unterrichten und Erfahrungen vor einer Klasse zu sammeln. Der Grund der Kürzung liegt einmal mehr bei den mangelnden Finanzen. Erfreulich ist hingegen, dass die Studierendenzahlen an der PH steigen. Das Mengenwachstum verursacht aber Mehrkosten. Gleichzeitig wird der Pro-Kopf-Beitrag reduziert und der Trägerbeitrag, notabene der tiefste der ganzen Schweiz, nochmals gekürzt. Wenn die Studenten in meinem Schulhaus ihre Praktika absolvieren, werden einer Lehrperson teilweise zwei bis drei Personen zugeteilt. Dadurch kommt die Praxis für die Studenten zusätzlich zu kurz. Das bringt die Ausbildung in Gefahr und hat zur Folge, dass die Anstellungen von jungen Lehrpersonen mit grossem fachlichem und pädagogischem Support durch die Lehrpersonen und die Schulleitung erfolgen müssen. Geben wir der Bildung die notwendigen Mittel, damit eine gute Ausbildung gewährleistet werden kann.

Adrian Bühler: Manchmal ist es Glückssache, den AFP richtig lesen zu können. Urban Sager und seine Personalgewerkschaft hätten ihre Zeit besser in den Abstimmungskampf zur Steuererhöhung investiert als in die Bildungsinitiative. Das wäre besser und vor allem wirkungsvoller gewesen. Bei der Aufzählung der Massnahmen der letzten Jahre hat Urban Sager die Steuererhöhung geflissentlich unterschlagen. Widersprüchlich ist in erster Linie nicht die Regierung, sondern Urban Sager und seine Personalgewerkschaft. Es ist etwas schwierig oder eben widersprüchlich, bessere Anstellungsverhältnisse für die Lehrpersonen und die Staatsangestellten zu verlangen und gleichzeitig die Steuererhöhung abzulehnen. Ich bin überzeugt, dass das Bildungsangebot im Kanton Luzern hochstehend und regional verankert ist. Es geht häufig vergessen, dass Luzern in den letzten Jahrzehnten massiv in das Bildungsangebot investiert hat. Ich spreche dabei nicht vom zweiten Kindergartenjahr oder vom Aufbau der PH oder der Universität. Ich mache dazu ein persönliches Beispiel. Vor 20 Jahren habe ich die Matura gemacht. Damals war es von Eschenbach aus noch nicht möglich, die Matura in Baldegg zu machen. Die Seetaler und die Entlebucher mussten ihre Schule nach vier Jahren verlassen und nach Reussbühl oder an die Kantonsschule Alpenquai wechseln. Heute ist es selbstverständlich, dass die Seetaler oder die Entlebucher ihre Matura in Baldegg oder Schüpfheim machen können. Zudem ist es an sieben weiteren Standorten möglich, die Matura zu machen. In diesem Sinn ist die Bildungsinitiative unnötig, sie zielt ins Leere und ist sogar kontraproduktiv, weil sie ein zusätzliches Loch in die Bildungskasse reisst. Die Folgen sind zusätzliche Sparmassnahmen im Bildungsbereich.

David Roth: Ich habe die Matura vor zwölf Jahren gemacht, damals gab es noch die freie Schulwahl. Das, was Adrian Bühler als Errungenschaft genannt hat, konnte man vor 20 Jahren noch nicht, vor zwölf Jahren konnte man es noch, und heute ist es wieder eingeschränkt worden. Genau solche Errungenschaften wie die freie Schulwahl werden wieder abgebaut, das ist eine Verschlechterung.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich hoffe, die vorliegende Antwort konnte aufzeigen, dass hier zwei problematische Dinge miteinander in Verbindung gebracht werden. Einerseits haben wir die

Umfeldanalyse, die wir jeweils über eine ganze Legislaturperiode im AFP abbilden. Andererseits haben wir eine Abstimmungsbroschüre, die wir zeitgerecht mit entsprechenden Aussagen erstellen müssen. Deshalb muss ich Kantonsrätin Rahel Estermann in aller Deutlichkeit widersprechen. Gerade was das Personal angeht, sind die Aussagen in der Abstimmungsbroschüre sehr transparent und korrekt. Wir sprechen offen und ehrlich davon, dass die Anstellungsbedingungen für die Lehrpersonen in den letzten Jahren nicht verbessert wurden. Ich stelle fest, dass die Abstimmungsbroschüre mit der Botschaft zur Behandlung der Initiative hier im Rat sehr gut übereinstimmt. Ich habe damals in der Debatte hier im Rat keine Kritik an den Aussagen der Regierung zum Inhalt der Botschaft gehört. Kantonsrat Urban Sager verwechselt in meinen Augen ein paar Dinge: einerseits die Bildungsqualität und andererseits die regionalen Angebote. Es ist richtig, Angebote zu überprüfen, wenn sich Schülerzahlen an einzelnen Standorten halbieren. Ich meine damit die Wirtschaftsmittelschule Willisau. Wenn wir uns nicht mehr die Freiheit nehmen können, hier solche Überlegungen zu machen, wieso brauchen wir dann ein Parlament? Es ist unsere Aufgabe, Ihnen diese Themen aufzuzeigen, und Sie haben die Möglichkeit, darüber zu befinden. Ich stelle fest, dass die Medien in den Sommerferien stark mit dem Thema Bildung beschäftigt waren. Das hat mich sehr gefreut, insbesondere als junge Lehrpersonen aufgezeigt haben, wieso der Kanton Luzern für Lehrpersonen als Arbeitgeber nach wie vor attraktiv ist. Wir haben vor Kurzem erfahren, wie gut die Beschäftigungsquote der Abgänger unserer Universität ist. Wir erfahren immer wieder, wie gross die Arbeitsmarktfähigkeit der Abgängerinnen und Abgänger einer Fachhochschule ist. Wir wissen, wie erfolgreich unsere Gymnasiastinnen und Gymnasiasten an den Hochschulen arbeiten. Seit dem letzten Wochenende wissen wir wieder sehr deutlich, dass die Absolventinnen und Absolventen einer Berufsbildung national durchaus sehr gut positioniert sind und zu bestehen vermögen. Kantonsrat Andy Schneider möchte ich gerne aufklären, wieso der Pro-Kopf-Beitrag an der PH gesenkt wurde; auch hier liegt eine Verwechslung vor. Die pädagogischen Hochschulen gibt es noch nicht so lange, und in der Aufbauphase produzierten sie noch relativ aufwendig. Wir haben das gesamtschweizerisch ausgewertet und festgestellt, dass nach der Aufbauphase der pädagogischen Hochschulen die Kosten pro Studierende schweizweit gesunken sind. Das ist der Grund, warum die Pro-Kopf-Beiträge national gesenkt wurden. Die Initiative macht einen grossen Fehler, wenn sie versucht, Strukturen in der Kantonsverfassung festzuschreiben.